

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Eckhart Pick,
Elke Ferner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/6096 –**

Sicherstellung der Realisierung des Abzweigs Mainz/Wiesbaden der ICE-Trasse Köln–Rhein/Main

A. Problem

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß die Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Köln–Rhein/Main wie geplant im Bereich des Abzweigs Mainz/Wiesbaden realisiert wird und damit die Anbindung der beiden Landeshauptstädte von Hessen und Rheinland-Pfalz an das ICE-Netz im vorgesehenen zeitlichen Rahmen gewährleistet wird. Die Ablehnung der vorgesehenen Trassenführung durch die Wehrbereichsverwaltung IV, die mit der Gefährdung des militärischen Flugverkehrs am Flugplatz Erbenheim begründet wird, darf die Anbindung von Mainz und Wiesbaden an das ICE-Netz nicht verhindern oder verzögern.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/6096 – abzulehnen.

Bonn, den 26. Februar 1997

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Michael Jung (Limburg)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Michael Jung (Limburg)

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 13/6096 in seiner 142. Sitzung am 28. November 1996 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 26. Februar 1997 auf eine Stellungnahme verzichtet.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 26. Februar 1997 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

II.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß die Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Köln–Rhein/Main wie geplant im Bereich des Abzweigs Mainz/Wiesbaden realisiert wird und damit die Anbindung der beiden Landeshauptstädte von Hessen und Rheinland-Pfalz an das ICE-

Netz im vorgesehenen zeitlichen Rahmen gewährleistet wird. Die Ablehnung der vorgesehenen Trassenführung durch die Wehrbereichsverwaltung IV, die mit der Gefährdung des militärischen Flugverkehrs am Flugplatz Erbenheim begründet wird, darf die Anbindung von Mainz und Wiesbaden an das ICE-Netz nicht verhindern oder verzögern.

Im Verkehrsausschuß schlug die Fraktion der CDU/CSU vor, den Antrag für erledigt zu erklären. In der Zwischenzeit habe man die Bedenken gegen die Realisierung des Abzweigs Mainz/Wiesbaden der ICE-Trasse Köln–Rhein/Main ausgeräumt; auch die Bundeswehr habe keine Bedenken mehr geäußert. Der Zweck des Antrages sei daher erfüllt. Die Fraktion der SPD bestand demgegenüber auf einer Sachabstimmung. Mit dem Antrag werde gefordert, daß die geplante Streckenführung und Anbindung von Mainz/Wiesbaden „wie geplant“ realisiert werden solle, und zwar im vorgesehenen Rahmen – die Fraktion der CDU/CSU erwiderte, es sei auch nicht mit einer Verzögerung zu rechnen.

Die Gruppe der PDS hielt den Antrag für unzureichend. Wenn überhaupt, müsse man über die Problematik der Neubaustrecke insgesamt und über Alternativen nachdenken.

Bonn, den 26. Februar 1997

Michael Jung (Limburg)
Berichtersteller